

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD***Weiterentwicklung des IT-Bereichs der Bremer Verwaltung***

Im Juni 2006 hatte der Senat die „Weiterentwicklung des IT-Bereichs der bremischen Verwaltung“ beschlossen. Kernpunkte waren die Bündelung von IT-Aufgaben, die Neuorganisation der bremischen IT-Dienstleister und die verstärkte Umsetzung von E-Government. Ziele dieser Strategie sind die effiziente, transparente und kostengünstige Bereitstellung von Strukturen der Informations- und Kommunikationstechnologie für Bürgerinnen, Bürger und Verwaltung. Die nächsten Schritte bei der Neuorganisation des IT-Bereichs waren die Einrichtung eines zentralen Kundenbetreuungsservices („User Helpdesk“) sowie die Einrichtung eines Produktplans für IT-Ausgaben im bremischen Haushalt.

Die Umsetzung und Weiterentwicklung der IT-Strategie ist vor allem eine technisch-organisatorische Herausforderung, die die gesamte Bremer Verwaltung betrifft. Die konsequente Vereinheitlichung und Anwendung moderner Kommunikationsstrukturen bietet jedoch Vorteile für alle Beteiligten. Die offene Bereitstellung von Informationen, Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen und deutliche Kostenersparnisse spart Bürgerinnen und Bürgern Zeit und Kosten und ermöglicht der bremischen Verwaltung eine effiziente und moderne Arbeit.

Wir fragen den Senat:

1. Welche IT-Querschnittsaufgaben wurden bisher gebündelt, und welche Synergieeffekte konnten dabei erzielt werden?
2. Mit welchen Maßnahmen plant der Senat, die Bündelung von IT-Querschnittsaufgaben voranzutreiben?
3. Durch das gemeinsame Projekt Deutschland-Online von Bund und Ländern hat die länderübergreifende Zusammenarbeit größere Bedeutung bei der IT-Organisation bekommen. Auch in der Föderalismuskommission II wird über neue übergreifende IT-Managementstrukturen in Deutschland nachgedacht. Welche Chancen sieht Bremen in den neuen Möglichkeiten, und wo liegen Risiken?
4. Wie stellt der Senat sicher, dass Abhören und unrechtmäßiges Protokollieren von Kommunikationsverbindungen verhindert werden und die Datenschutzrechte gewahrt bleiben? Sind rechtliche Klarstellungen notwendig und geplant?
5. Welche neuen Aufgabenverteilungen gibt es bei der IT-Organisation innerhalb der Verwaltung, und was bedeutet sie für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ergeben sich daraus neue berufliche Entwicklungsperspektiven?
6. Welche Erfahrungen hat der Senat mit der Einrichtung und dem Betrieb gemeinsamer Kundenbetreuungsservicestellen („User Helpdesk“) gemacht? Inwieweit ist geplant, diese Dienste auszuweiten?
7. Nach der Gründung von Dataport und dem Übergang der Beschäftigten von fidatas und ID Bremen auf Dataport zum 1. Januar 2007 ist Bremen Kunde des größten öffentlichen IT-Dienstleisters geworden. Wie profitiert die Bremer Verwaltung davon?

8. Welche, auch finanziellen Vorteile, erwartet der Senat durch die Einrichtung eines Produktplans für IT-Ausgaben, und wie will er diese weiterentwickeln?
9. Mit welchen Investitionen wird der Senat die strukturellen Änderungen wie die Bündelung von IT-Querschnittsaufgaben, Reorganisation der Supportstrukturen und Aufbau eines einheitlichen IT-Budgets unterstützen, um mittel- und langfristig wirkende Struktureffekte zu erreichen?
10. Wie gewährleistet der Senat, dass bei Beschaffung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie in der Bremer Verwaltung den Anforderungen von „GreenIT“ genügt wird (hohe Umweltstandards bei Stromverbrauch, Entsorgung u. a.)?

Dr. Hermann Kuhn, Dr. Maike Schaefer, Anja Stahmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frank Schildt, Uta Kummer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD